

COMMON

Das Gemeinschaftsgeld COMMON: Der Weg zu einer freien Gesellschaft

Von Carsten Herrmann-Pillath und Stephan Bannas

In diesen Tagen startet auch in Deutschland ein Experiment zum bedingungslosen Grundeinkommen. Bei solchen Experimenten erhält eine Gruppe von einigen hundert oder wenigen tausend Menschen eine monatliche Auszahlung in begrenzter Höhe ohne jede Bedingung, und über einige Jahre wird verfolgt, wie sich das Verhalten der Menschen verändert und in welcher Lage sie sich befinden (also beispielsweise, ob sie arbeitslos sind oder nicht). So interessant solche Experimente sind, so klar ist auch, dass sie keine Aussagekraft haben, welche systemischen Konsequenzen ein Grundeinkommen besäße, das die gesamte Bevölkerung erfasst. Gleichzeitig können die Experimente das entscheidende Gegenargument nicht entkräften, dass die Kritik immer ins Feld führt: die Unmöglichkeit seiner Finanzierung für alle.

.....

In unserem Buch „Marktwirtschaft: Zu einer neuen Wirklichkeit“ schlagen wir ein völlig neues Modell des Grundeinkommens vor: Das Gemeinschaftsgeld, eine (Gutschein-) Währung mit dem Namen COMMON (*community money*). Es geht weiter als alle bekannten Vorschläge, indem es einen eigenen Finanzkreislauf außerhalb der Marktwirtschaft einrichtet, der so gestaltet ist, dass sowohl die besonderen Finanzierungs- als auch die spezifischen Nutzeranforderungen beachtet werden. Über einen 1:1 Umtauschsatz ist der COMMON mit dem Geldkreislauf innerhalb der Marktwirtschaft verbunden ist. Der COMMON verkörpert die Prinzipien der Gemeinschaft, Solidarität und Gerechtigkeit, gleichzeitig ist er Pfeiler einer radikalen wirtschaftlichen Freiheit des Individuums. Seine Einführung setzt voraus, dass komplementäre, radikale Reformen der sozialen Sicherungs- und des Steuersystems stattfinden. Auch dieser Aspekt kann sich in den Experimenten zum Grundeinkommen nicht niederschlagen: Wenn alle anderen Anreizstrukturen gleichbleiben, dann sind die Reaktionen auf das experimen-

telle Konstrukt systematisch verzerrt und lassen sich nicht verallgemeinern. So können sie letztendlich dem eigentlichen Anliegen einen Bärendienst erweisen.

Radikale wirtschaftliche Freiheit

Das bedingungslose Grundeinkommen in den bekannten Formen wird in verschiedener Weise begründet. Aus unserer Sicht ist der entscheidende Punkt: Durch das Grundeinkommen erhalten die Bürgerinnen^[1] die Freiheit, sich für oder gegen eine Beteiligung am marktwirtschaftlichen Wettbewerb auszusprechen. Mit ihm geben sie zwar die Chance auf, zu individuellem, großem Wohlstand zu gelangen, aber sie verlieren nicht ihre Lebensgrundlage: Das Grundeinkommen schafft in diesem Sinne radikale wirtschaftliche Freiheit, nämlich die Freiheit vom Zwang, sich in der (Markt)Wirtschaft engagieren zu müssen. Gleichzeitig tritt die Bürgerin aus der verordneten Abhängigkeit vom Staat heraus, der nicht mehr als Instanz auftritt, Ansprüche auf Unterstützung zu prüfen und gegebenenfalls abzulehnen. Tatsächlich ist der aktuelle staatliche Zwang, sich an der Marktwirtschaft beteiligen zu müssen, der Grund dafür, die modernen Wohlfahrtsstaaten als „kapitalistisch“ zu bezeichnen: Die soziale Sicherung ist ein Disziplinierungsinstrument.

Das Grundeinkommen muss also der Pfeiler einer künftigen, wahrhaft freien Gesellschaft sein. Damit löst es aber keineswegs ein anderes, ebenso wichtiges Problem: Dass die Marktwirtschaft systematisch mit der Tendenz zur Ungleichheit der Vermögensverteilung und damit einer Konzentration wirtschaftlicher Macht einher geht, die eine Gefährdung der Freiheit darstellt. Gegenwärtig

nimmt überall in der Welt die Kluft zwischen Arm und Reich weiter zu. Vor diesem Hintergrund könnte das Grundeinkommen in den bekannten Varianten dazu beitragen, diese Kluft endgültig zu fixieren. Eine Mehrheit der Bevölkerung genießt zwar Sicherheit, aber auf niedrigem Niveau, und eine Minderheit kontrolliert die Schalthebel der ökonomischen, letztendlich aber auch der politischen Macht. Die Digitalisierung und Automatisierung könnten eine solche bedrückende Vision technologisch realistisch werden lassen. Unser Vorschlag des COMMON löst beide Probleme.

Das Grundeinkommen steht und fällt mit seiner Finanzierbarkeit. Alle vorliegenden Modelle ergeben zwar, dass sie möglich ist, aber auf derart niedrigem Grundeinkommensniveau, dass die gewünschte Wirkung eigentlich verpufft. Unsere Idee des COMMON setzt hier an: Der COMMON wird zwar monatlich überwiesen, aber es kann nicht direkt als Zahlungsmittel eingesetzt werden, sondern wird auf einem eigenen COMMON-Konto gehalten, das beispielsweise bei der Zentralbank geführt wird. Es ist jederzeit 1:1 umtauschbar in das gesetzliche Zahlungsmittel, wobei eine Stellschraube sein kann, dass der Umtausch von angesammelten Beständen nur zu einem monatlichen Höchstbetrag möglich ist, so dass COMMON Konten nicht auf einen Schlag aufgelöst werden können. Diese Trennung in zwei Geldkreisläufe ist nicht nur institutionell bedeutsam, sondern hat weitreichende Verhaltenswirkungen, die durch die Verhaltensökonomik gut belegt sind (beispielsweise dürfte trotz des problemlosen Umtausches gelten, dass Individuen den Charakter der COMMON als Vermögen stärker wahrnehmen als den eines laufenden Einkommens, was bei der Vermischung mit anderen Einkommensströmen in gängigen Konzeptionen des Grundeinkommens der Fall ist).

Die bekannten Vorschläge zur Finanzierung des Grundeinkommens gehen in

der Regel davon aus, dass dies mit einer weitreichenden Reform der Sozialversicherungen einhergehen muss. Das ist in der Tat unabdingbar. Wir radikalisieren diesen Ansatz: Der COMMON tritt an die Stelle des derzeitigen Systems der Sozial- und Rentenversicherung. Das bedeutet, jede Bürgerin hat einen starken Anreiz, COMMON nicht laufend zu verausgaben, sondern anzusparen, um ihre Rente zu finanzieren und für Phasen der Arbeitslosigkeit vorzusorgen. Durch die Indexierung des Umtauschsatzes an die Inflationsrate wird der Anreiz hierfür verstärkt. Das bedeutet aber auch, dass durch seine Auszahlung zunächst keine fiskalische Belastung entsteht: Diese tritt erst beim Umtausch auf, also etwa bei der Auszahlung als Renten. Selbstredend sind hier viele institutionelle Details zu klären: COMMON Bestände tragen keine Zinsen (sie sind kein marktwirtschaftliches Zahlungsinstrument), müssen aber inflationsgesichert sein (etwa durch die bereits genannte Indexierung des Umtauschsatzes).

Gestaltung der Erbschaftssteuer

Das zweite wesentliche Element des COMMON ist seine Verknüpfung mit der Gestaltung der Erbschaftssteuer. Bei der Einführung des COMMON wird ein Tarif der Erbschaftssteuer für Vererbungen des normalen Vermögens in Höhe von 100 % eingeführt; der Tarif gilt für alle Menschen, also auch für nächste Angehörige. Die Freibetragsregelungen sind, wie unten gezeigt, die zentralen Stellschrauben des Systems. Der 100 % Tarif kann auch niedriger liegen, muss aber substantiell die Akkumulation von Vermögen über die Generationen hinweg unterbinden, muss also auch für direkte Nachkommen gelten.

Freibeträge auf den Erbschaftsteuertarif können ausschließlich durch COMMONS erworben werden. Als Freibetrag genutzt liegt der Umtauschsatz weit über dem Umtauschsatz von 1:1, etwa bei 1:2. Ein COMMON entspricht mithin direkt umgetauscht einem Euro, als Freibetrag für eine Erbschaftsteuerschuld genutzt entspricht er zwei Euro. Jede Bürgerin kann frei entscheiden, ihre COMMON laufend auszugeben, sie für die Rente einzusetzen oder sie anzusparen, um ein auf dem Markt erwirtschaftetes Vermögen von der Steu-

erlast zu befreien; sie kann diese auch an andere Bürgerinnen weitergeben, damit diese ihre Erbschaftsteuerlast reduzieren. Der COMMON kann auf andere Menschen übertragen werden, gegen Entgelt oder entgeltlos, und es wird die Möglichkeit geschaffen, COMMON über eine Tauschplattform anderen Menschen anzubieten, die einen höheren Bedarf an Freibeträgen haben, als sie selbst individuell ansammeln können. Auf dieser Plattform entsteht ein Preis, der durch den geltenden Umtauschsatz für die Nutzung als Freibetrag nach oben begrenzt ist.

Stellen wir uns eine Bürgerin vor, die die Volljährigkeit erreicht und nun einen Anspruch auf COMMON hat, das wir in der Höhe des Grundeinkommens der meisten Experimente ansetzen, also 1.000 COMMON monatlich, die 1.000 Euro entsprechen. Der COMMON ersetzt auch Leistungen wie das BAFöG. Sie kann also entscheiden, ein Studium zu beginnen und dies mit COMMON finanzieren, oder sie kann erst Markteinkommen erzielen und COMMON ansammeln. Im letzteren Fall ergäbe sich etwa die Möglichkeit, nach fünf Jahren die dann angesammelten COMMON einzusetzen, um sich selbständig zu machen. Sie hat immer die Gewissheit, im Falle von Arbeitslosigkeit bzw. unternehmerischem Scheitern abgesichert zu sein. Wenn sie am Markt Erfolg hat und höhere Einkommen erzielt, steigen ihre Anreize, COMMON anzusparen, weil diese als Einkommensersatz für Eventualitäten des Lebens dienen müssen, letzten Endes auch ein Teil der Altersvorsorge sein können (die natürlich immer auch durch private Marktvorsorge ergänzt werden kann). Sie muss also abwägen, welchen monatlichen Betrag Einkommensersatz in Euro sie durch akkumulierte COMMON absichern möchte. In der Zeit der Rente muss sie abwägen, wieviel COMMON sie konsumieren möchte oder für das Erbe einsetzen möchte, das sie an ihre Kinder weitergibt. Ist sie Unternehmerin, wird sie ein Interesse haben, den Erhalt ihres Unternehmens zu sichern: Sie wird also frühzeitig an der Austauschplattform COMMON aufkaufen, um ihren Kindern auch Freibeträge mitzuerben.

Wir sehen an diesem Beispiel, wie der COMMON die Prinzipien der Gemeinschaft, Gleichheit und Freiheit umsetzt.

Gemeinschaft bedeutet, dass jede Bürgerin immer und bedingungslos in ihrer wirtschaftlichen Existenz durch die Gemeinschaft abgesichert ist. Diese Absicherung gilt für alle in gleicher Weise. Gleichzeitig ist der COMMON auch eine Form von Vermögen, denn es wird angesammelt. Dies spielt eine zentrale Rolle in der Regulierung der Vermögensverteilung in der Gesellschaft, da der COMMON mit der Erbschaftssteuer verknüpft ist. Alle Bürgerinnen genießen schließlich größtmögliche individuelle Freiräume, wie sie die Beziehung zwischen COMMON und Engagement in der Marktwirtschaft gestalten.

Stärkung von Gemeinschaftsarbeit

In unserer Konzeption wird das Prinzip der Gemeinschaft noch dadurch gestärkt, dass COMMON auch direkt durch Aktivitäten in der Gemeinschaft erworben werden können. Es ersetzt also beispielsweise alle Maßnahmen der Familienförderung, indem Menschen, die sich der Kindererziehung und der Pflege widmen, zusätzliche COMMON erwerben (die Höhe wird durch demokratische Willensbildung beschlossen). Gleiches gilt für gemeinnütziges Engagement. So kann etwa ein Mann beschließen, für einige Jahre die Kinder zu betreuen, um so auch sein COMMON-Konto aufzustocken, das dann später dafür eingesetzt werden könnte, in eine Phase der Weiterbildung einzutreten und diese zu finanzieren.

Der COMMON als Stütze der Marktwirtschaft

Es ist klar, dass eine detaillierte Diskussion unseres Vorschlages mehr erfordert als nur Bierdeckelrechnungen. Die Finanzierungsfrage stellt sich in völlig anderer Form als bei den bestehenden Modellen des Grundeinkommens: Wir übernehmen allerdings den wichtigen Punkt, dass durch die radikale Reform der sozialen Sicherung ein erheblicher Beitrag geleistet wird. Hinzu kommt beim COMMON die signifikante Erbschaftssteuer und die indirekte Entlastung des Staatshaushaltes über den privaten Aufkauf von COMMON, um Freibeträge von der Erbschaftssteuer anzusammeln. Es gibt einige Stellschrauben, wie die Höhe der monatlichen Auszahlungen, die Umtauschsätze bei den Freibeträgen oder die Sätze für Gemeinschaftsarbeit. Ein

wesentlicher Punkt, der gerade im Lichte der Corona-Krise hervortritt, ist die Rolle des COMMON als automatischer Stabilisator: Hätte es COMMON gegeben, hätten Menschen einfach ihre Bestände auflösen können, und der Staat hätte die fiskalischen Lasten durch eine Erhöhung der Verschuldung auffangen können. Das ist im Grunde so geschehen, etwa wenn die US-Regierung Schecks versendet, aber in einer chaotischen und unberechenbaren Weise. Mit COMMON hätten die Menschen eine sichere und verlässliche Grundlage gehabt, um weiter planen zu können: Der COMMON ist also auch eine Stütze der Marktwirtschaft.

Der COMMON würde auch die Arbeitsbeziehungen revolutionieren: Jede Bürgerin träte den Unternehmen auf Augenhöhe entgegen, denn die Gesellschaft erkennt die Freiheit an, jederzeit aus einem Arbeitsverhältnis auszutreten: In der Sprache der Ökonomik, die „*outside options*“ verändern sich fundamental und damit die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerinnen. Unternehmen werden also ganz selbstverständlich neue Formen der Partizipation und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen anbieten. Der „Kapitalistin“ als Eignerin des „Marktkapitals“ tritt die Bürgerin als Eignerin von entgegen.

Würde die Einführung des COMMON letztendlich daran scheitern, dass wir die bestehenden Systeme nicht umstellen können? Wir denken, dass viele Länder diese Welt ohnehin nur fragile Sozialsysteme haben, und daher eine Umstellung nur geringe Schwierigkeiten bereitet. Die Verhältnisse in Europa sind erheblich komplizierter. Aber im Prinzip ginge es vor allem darum, über die Verrechnung bestehender Ansprüche in den Sozialversicherungen und den Rentenversicherungen eine Anfangsverteilung von COMMON zu implementieren, ähnlich wie bei einer Währungsreform. Das ist technisch herausfordernd, aber nicht unmöglich.

Zum Autor
Dr. Stephan Bannas



Der Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Volkswirt und Doktor ist seit 1989 Gründer und Gesellschafter der Steuerlehrgänge Dr. Bannas GmbH sowie des Berliner Seminars für Steuerrecht, Prüfungs- und Treuhandwesen. Neben finanzwissenschaftlichen Büchern z. B. zur Steuerberaterprüfung und zu Grundlagen der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre erschien im Herbst 2020 in Zusammenarbeit mit Carsten Herrmann-Pillath das Buch „Marktwirtschaft: Zu einer neuen Wirklichkeit“. (siehe unten)

Web: <https://www.steuerlehrgaenge.com>

Die bisherigen Vorschläge zum Grundeinkommen sind „punktuellistisch“ im Sinne Walter Euckens – erst recht die Experimente. Sie verändern nicht das System. Ohne einen radikalen Systemwandel können wir die Herausforderungen unserer Zeit nicht lösen.

Zum Autor

Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath



(*1959) Er ist Volkswirt, Professor und Permanent Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre, Linguistik und Sinologie an der Universität zu Köln übernahm er Professuren für Volkswirtschaftslehre, Evolutions- und Institutionenökonomik und chinesische Wirtschaftsstudien an der Universität Duisburg, der Universität Witten/Herdecke und der Frankfurt School of Finance and Management und lehrte an vielen Universitäten, u. a. an den Universitäten Bonn, Tübingen, St. Gallen, der ETH Zürich, der Tsinghua University und der Zhejiang University. Seine Hauptforschungsgebiete sind Ökonomie und Philosophie, institutioneller Wandel und wirtschaftliche Entwicklung, internationale Wirtschaft und chinesische Wirtschaftsstudien.

Seine Hauptforschungsgebiete sind Ökonomie und Philosophie, institutioneller Wandel und wirtschaftliche Entwicklung, internationale Wirtschaft und chinesische Wirtschaftsstudien.

Blog: <https://technosphere.blog/>



Stephan Bannas / Carsten Herrmann-Pillath:

„Marktwirtschaft: Zu einer neuen Wirklichkeit – 30 Thesen zur Transformation unserer Wirtschaftsordnung“
Schäffer-Poeschel Verlag – 1. Auflage 2020; Broschur; 132 Seiten; € 16,95 ISBN 978-3-7910-5081-2

Bezugsquellen über: <https://hwlink.de/SB-CHP>

Zitat aus dem Buch: „Wir definieren Kapitalismus als ein Wirtschaftssystem, wo ökonomische Aktivitäten und Produkte monetär auf Märkten bewertet werden, und wo dieses Bewertungsprinzip expansiv instrumentalisiert wird, angetrieben durch das Ziel, aus der wirtschaftlichen Aktivität größere monetäre Werte zu erzielen, also Gewinn. Das entspricht auf den ersten Blick Marxens wohlbekannter Unterscheidung zwischen den beiden Kreislaufformen ›Ware-Geld-Ware‹ (W-G-W) und ›Geld-Ware-Geld (plus Mehrwert)‹ (G-W-G). Die erste beschreibt in unserem Verständnis eine Marktwirtschaft, die zweite den Kapitalismus. Diese Differenzierung macht auch klar: **Kapitalismus ist keine Marktwirtschaft, sondern instrumentalisiert Märkte für die Ziele der Personen und Gruppen, die vom Kapitalismus profitieren.**“